

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Gerhard Reddemann, Robert Antretter und weiterer
Abgeordneter**

Reduzierung der Vorbehalte in bezug auf Übereinkommen des Europarates

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat an das Ministerkomitee eine Empfehlung 1223 (1993) zur Reduzierung der Vorbehalte gerichtet, die von den Mitgliedstaaten in bezug auf die Übereinkommen und Konventionen des Europarates erhoben werden können. Danach ist u. a. vorgesehen, die Mitgliedstaaten um eine Prüfung zu bitten, ob von ihnen erhobene Vorbehalte zu bereits geltenden Übereinkommen des Europarates zurückgezogen werden können, und dem Generalsekretär des Europarates die Gründe darzulegen, sofern Vorbehalte aufrechterhalten werden sollen.

Wir, gleichzeitig Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, fragen daher die Bundesregierung:

1. Bei welchen Abkommen und Konventionen des Europarates hat die Bundesregierung bisher Vorbehalte erhoben?
2. Ist sie bereit, im Falle der Aufrechterhaltung entsprechender Vorbehalte den Deutschen Bundestag nach Abschluß der Prüfung hierüber zu unterrichten?
3. Wie beurteilt sie den Vorschlag der Parlamentarischen Versammlung, in künftigen Übereinkommen zu regeln, ob Vorbehalte überhaupt möglich sind, und wenn ja, entsprechende Bedingungen hierfür festzulegen?

Bonn, den 30. November 1993

Gerhard Reddemann
Robert Antretter
Rudolf Bindig
Lieselott Blunck (Uetersen)
Wilfried Böhm (Melsungen)
Hans Büchler (Hof)
Klaus Bühler (Bruchsal)
Dr. Olaf Feldmann
Leni Fischer (Unna)
Dr. Uwe Holtz
Ulrich Junghanns
Peter Kittelmann
Christian Lenzer
Heinrich Lummer
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Günter Marten
Ulrike Mascher

Dr. Bruno Menzel
Dr. Reinhard Meyer zu Bentrup
Meinolf Michels
Dr. Günther Müller
Gerhard Neumann (Gotha)
Albert Pfuhl
Dr. Albert Probst
Manfred Reimann
Dr. Hermann Scheer
Günter Schluckebier
Michael von Schmude
Dr. Hartmut Soell
Dr. Rudolf Sprung
Heinz-Alfred Steiner
Margitta Terborg
Friedrich Vogel (Ennepetal)
Benno Zierer